

Stand: 06.06.2026 09:58:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10576

"Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen III: Förderprogramm des Wohnungspakts Bayern zugunsten kommunaler Wohnungsgesellschaften verbessern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10576 vom 16.03.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11179 des KI vom 21.04.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11708 vom 01.06.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 01.06.2016



Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Harald Güller, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Horst Arnold, Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Tsdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Margit Wild, Martina Fehlner, Susann Biedefeld, Klaus Adelt SPD**

**Kommunen stärken – bezahlbaren Wohnraum ermöglichen III:
Förderprogramm des Wohnungspakts Bayern zugunsten kommunaler
Wohnungsgesellschaften verbessern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Ausschöpfung aller haushaltsrechtlichen Möglichkeiten die rechtlichen und beihilferechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um es kommunalen Unternehmen bzw. privatrechtlichen Unternehmen in mehrheitlich kommunalem Eigentum rechtssicher zu ermöglichen, an dem Förderprogramm des Wohnungspaktes Bayern zu partizipieren und Fördermittel zu erhalten.

Begründung:

Mit dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm, der zweiten Säule des Wohnungspakts Bayern, unterstützt der Freistaat Bayern die Gemeinden dabei, selbst Wohnraum zu planen und zu bauen. Antragsberechtigt sind alle bayerischen Gemeinden. Die Gemeinden müssen Eigentümer der geförderten Wohngebäude bleiben, können aber zur Umsetzung der Maßnahmen Dritte wie beispielsweise kommunale oder kirchliche Wohnungsgesellschaften beauftragen (soweit erforderlich unter Beachtung des Vergaberechts).

Da in Bayern in vielen Städten und Gemeinden kommunale Unternehmen bzw. privatrechtliche Unternehmen in kommunaler Mehrheitsbeteiligung bestehen, die schon zum Teil seit Jahrzehnten im sozialen Wohnungsbau bzw. im Mietwohnungsbau tätig sind, ist den Kommunen auch in dieser Art der wirtschaftlichen Betätigung zu ermöglichen, an den staatlichen Zuschüssen des Wohnungspaktes Bayern teilzuhaben. Europarechtliche Vorgaben sind daher, auch und insbesondere vor dem Hintergrund der außergewöhnlichen Belastung der deutschen Kommunen auf Grund der Flüchtlingsproblematik, mit Unterstützung des Bundes entsprechend anzupassen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u.a. SPD
Drs. 17/10576

**Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen III:
Förderprogramm des Wohnungspakts Bayern zugunsten kom-
munaler Wohnungsgesellschaften verbessern!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Günther Knoblauch**
Mitberichterstatter: **Alexander Flierl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 6. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 107. Sitzung am 21. April 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Harald Güller, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Horst Arnold, Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Margit Wild, Martina Fehlner, Susann Biedefeld, Klaus Adelt SPD**

Drs. 17/10576, 17/11179

**Kommunen stärken – bezahlbaren Wohnraum ermöglichen III:
Förderprogramm des Wohnungspakts Bayern zugunsten kommunaler
Wohnungsgesellschaften verbessern!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u. a. (SPD)

Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen I:

Handlungsmöglichkeiten für Landkreise im sozialen Wohnungsbau schaffen!

(Drs. 17/10574)

und

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u. a. (SPD)

Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen II:

Verkauf von staatlichen Grundstücken an Kommunen erleichtern!

(Drs. 17/10575)

und

Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Günther Knoblauch, Andreas Lotte u. a. (SPD)

Kommunen stärken - bezahlbaren Wohnraum ermöglichen III:

Förderprogramm des Wohnungspakts Bayern zugunsten kommunaler

Wohnungsgesellschaften verbessern! (Drs. 17/10576)

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass zu diesen Tagesordnungspunkten keine Aussprache stattfindet. Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung. Vereinbart wurde außerdem, dass wir über die Voten in den jeweiligen Ausschüssen abstimmen lassen. Gibt es dazu Widerspruch? Nein. – Dann lasse ich so abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion in die vorgenannten federführenden Ausschüsse einverstanden ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. – Gegenstimmen? Keine. – Enthaltungen? – Auch keine. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Anträge sind damit abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bayerisches Niveau beim Arbeitnehmerschutz in ganz Bayern sichern: Europäisches Patentamt in die Pflicht nehmen!", Drucksache 17/10518, bekannt. Mit Ja haben 50 gestimmt, mit Nein 68. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung angekommen. Ich schließe die Sitzung und wünsche noch einen schönen Abend, in welcher Gaststätte auch immer Sie den verbringen möchten.

(Schluss: 21.26 Uhr)